VR-07 (V-103)-115-3 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Matthias Schimpf (KV Bergstraße)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 115 bis 116 einfügen:
Die EU ist unter Druck von autoritären Regimen, die aktiv den Zerfall dieses historisch einmaligen Staatenverbunds vorantreiben, von Rechtsextremisten und Populisten in Europa, die sich willfährig für die Erfüllung dieser Aufgabe hergeben, aber auch durch die unterschiedliche Betroffenheit, die unterschiedlichen Erfahrungen und die unterschiedliche Interessenlage der Mitgliedstaaten im Hinblick auf Zuwanderung allgemein und Fluchtzuwanderung im Besonderen. Geflüchtete werden teilweise politisch missbraucht, um die EU anzugreifen und auseinanderzutreiben. Belarus und Russland haben auch dieses menschenverachtende Instrumentarium bereits angewendet.
Die Europäische Union ist eine Rechtsgemeinschaft ohne eigenen Vollzugsmacht. In der Flüchtlingsfrage zeigt sich verstärkt, dass geltendes Recht in der Praxis immer weniger eingehalten wird. Illegale Push-Backs an den Außengrenzen sind tägliche Praxis, das Dublin-System funktioniert schon lange nicht mehr, die geduldete oder geförderte Durchreise Geflüchteter aus den Erstankunftsländern findet weiter statt, weil ein geordneter Verteilmechanismus nicht durchsetzbar ist. Eine Rechtsgemeinschaft, in der Recht in der Realität nicht mehr eingehalten wird, wird aber auf Dauer zerfallen.
Klar ist für uns: Ein Scheitern der EU wird die Lösung vieler globaler Probleme unmöglich machen und die Situation für Geflüchtete definitiv nicht verbessern.
Zur aktuellen europäischen Realität gehört allerdings eine rechtspopulistische Regierung wie die ungarische, die jede Zuwanderung strikt ablehnt. Dazu gehört auch eine europafreundliche, liberale Regierung wie die Polens, die bei der Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge Enormes leistet, aber die Aufnahme Geflüchteter aus anderen Weltregionen ablehnt. Damit müssen wir umgehen, ob es uns gefällt oder nicht. Wenn wir die EU und die Freiheit im Schengenraum bewahren wollen, wenn wir verhindern wollen, dass Binnengrenzkontrollen wieder zum Dauerzustand werden, wenn wir illegale Push-Backs an den Außengrenzen beenden und wenn wir das Recht einhalten wollen, dann brauchen wir den europäischen Konsens.
Nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir die richtigen

Von Zeile 119 bis 124:
muss. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Menschen in allen EU-Staaten besser verteilt werden und werben dafür, dass Menschen, die aus guten Gründen nach Europa fliehen, in allen EU-Staaten willkommen sind und eine Perspektive haben. Auch die internationale Zusammenarbeit, Fluchtursachenbekämpfung, Krisenprävention oder humanitäre Hilfe gelingten am besten, wenn sie europäisch organisiert ~~wird~~ werden.
Vor einigen Monaten wurde die Reform des EU-Asylsystems beschlossen. Ob diese

Von Zeile 131 bis 138:
Deswegen wollen wir bereits jetzt die Umsetzung beschleunigen und ins Handeln kommen.~~[Leerzeichen]~~Die vereinbarten rechtssicheren und humanitären Grenzverfahren an den Außengrenzen

wollen wir realisieren, mit dem Ziel einer gerechten Verteilung aller Personen, die eine Bleibeperspektive haben.
Schon jetzt sollte von den Außengrenzstaaten eine systematische und rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden eingefordert werden. Im Gegenzug sollte eine Unterstützung bei der Registrierung undAufnahme von Schutzsuchenden angeboten werden. Nur so, werden wir dauerhaft eine bessere Verteilung in Europa und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen sicherstellen können und Pushbacks verhindern.. So verbessern wir auch die Sicherheit innerhalb der EU.
Da viele Menschen unregistriert und auf unwürdigen Routen sowieso nach Deutschland kommen und trotzdem bereits einige Male mit oder ohne

Von Zeile 144 bis 147:
beispielsweise daran gekoppelt werden, ob weiterhin unregistrierte Personen an der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen EU-Staaten waren. ~~Für jede unregistrierte~~ Zur Feststellung der Registrierungspraxis an den EU-Außengrenzen sind mobile und stationäre Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen temporär vertretbar.
Für jede registrierte Person an der Binnengrenze könnte das Kontingent reduziert werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So könnte schon im

Von Zeile 152 bis 154 einfügen:
Seite, rechtsstaatliche Kontrolle an den Außengrenzen auf der anderen Seite. So können wir den Binnenmarkt und die Reisefreiheit schützen und dafür sorgen, dass dauerhafte stationäre Kontrollen an deutschen Binnengrenzen endlich wieder in die

weitere Antragsteller*innen

Daniela Wagner (KV Darmstadt); Klaus-Peter Murawski (KV Nürnberg-Stadt); Christoph Joachim (KV Tübingen); Hermann Kuhn (KV Bremen-Mitte); Jochen Partsch (KV Darmstadt); Uwe Koch (KV Bergstraße); Michael Krapp (KV Bergstraße); Alexander Fraas (KV Bergstraße); Ulrich Blessing (KV München); Michael Merkel (KV Bochum); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Walter Otte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Reiner Daams (KV Solingen); Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt); Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach); Martin Wolf (KV Miesbach); Tilmann Holzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Jens Marco Scherf (KV Miltenberg); sowie 45 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.